



Presseschau vom 19.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends /nachts:

Lug-info.com: Explosion in Lugansk (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Eine heftige Explosion ist heute Abend im zentralen Teil von Lugansk erfolgt.

Nach vorläufigen Informationen wurde das Denkmal für die Luftlandetruppen, das beim Ukrainischen Akademischen Musikalisch-Dramatischen Theater auf der Oboronnaja gelegen ist, gesprengt, die zum Denkmal gehörige Militärmaschine brennt.

Die Umstände des Geschehens und Informationen über mögliche Verletzte oder Tote werden noch ermittelt.

Die Feuerwehr löscht den Brand gerade.

Das Gebiet ist von Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane umstellt.

Die Rechtsschutzorgane untersuchen die Höfe in der Nähe des Explosionsortes, um mögliche weitere Sprengeinrichtungen zu finden.

Tote und Verletzte gibt es nicht, teilte das Innenministerium etwas später mit. Derzeit wird angekündigt, dass der Anschlag durch Mitglieder einer ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppe durchgeführt wurde. Am Ort des Terrorakts arbeitet eine operative Gruppe des Innenministeriums, des Staatssicherheitsministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft. „Die verbrecherische ukrainische Regierung hört mit dem Krieg gegen Denkmäler nicht auf. Für einen ehrlichen Kampf reichen ihre Kräfte nicht“, sagte der Innenminister der LVR Igor Kornet vor Ort.

„Jetzt gehen die Ermittlungs- und operativen Maßnahmen weiter. In nächster Zeit werden weitere Informationen veröffentlicht. Das Denkmal wurde stark beschädigt“, teilte der Minister mit.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/K53HCq7lQag" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/K53HCq7lQag>

de.sputniknews.com: **Kiew will bis zu 60.000 Blauhelmsoldaten in den Donbass holen**

Das UN-Friedenskontingent im Donbass soll in Übereinstimmung mit dem Territorium der Konfliktzone zwischen 40.000 und 60.000 Mann stark sein. Das sagte Georgi Tuka, Vizeminister für Angelegenheiten der zeitweise okkupierten Territorien und der Binnenflüchtlinge in der Ukraine, am Montag in Kiew.

Dabei führte er als Beispiel die Friedensoperationen auf dem Balkan an. „Die Position Kiews besteht darin, dass Vertreter Russlands und befreundeter Länder wie Armenien oder Kasachstan dem UN-Kontingent fernbleiben sollen“, sagte der Minister der ukrainischen Nachrichtenagentur UNN.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Idee befürwortet, UN-Friedenssoldaten in die Ukraine zu entsenden, die aber ihre Positionen ausschließlich an der Trennlinie beziehen sollten. Es gehe nur um die Gewährleistung der Sicherheit von Mitarbeitern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Donbass, sagte der russische Präsident.

Dagegen plädiert Kiew für ein umfassenderes Mandat der UN-Mission, die auf dem gesamten Territorium des Donbass bis hin zur russischen Grenze stationiert werden sollten. UN-Generalsekretär Antonio Guterres erklärte in einem RIA-Novosti-Gespräch, dass die Organisation alles in ihren Kräften Stehende tun würde, um die Ukraine-Krise beizulegen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31748/15/317481516.jpg>

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego über die UN-Mission zum Schutz der OSZE-Beobachter:

Wie bekannt wurde, haben die USA und die Ukraine erklärt, dass sie nicht an dem Resolutionsentwurf über die Stationierung von UN-Kräften zum Schutz der OSZE-Mission in der Ukraine, der von der RF in den UN-Sicherheitsrat eingebracht wurde, arbeiten wollen. Ich will unterstreichen, dass nur Russland einen Resolutionsentwurf eingebracht hat. Und statt einer Erörterung dieser Initiative – eine entschiedene Weigerung. Im Prinzip ist nichts Unerwartetes geschehen – die Ukraine hat systematisch ihre äußerste

Verhandlungsunfähigkeit im Rahmen der Minsker Kontaktgruppe demonstriert. Und jetzt überträgt sie ihren Unwillen, auf politischem Weg an der Lösung des Konflikts zu arbeiten, ihre völlige Kompromissunfähigkeit, auf eine höhere Ebene.

Für das offizielle Kiew ist der Prozess des „Bindens“ der militärischen Komponente ungünstig, eine Stabilisierung der Lage an der Abgrenzungslinie brauchen sie nicht. Sie brauchen eine Verschärfung. Sie versuchen tödliche Waffen von den USA zu bekommen, weitere Kredite vom IWF und anderen „Sponsoren“ des Krieges im Donbass. Sie brauchen einen menschenleeren Donbass, nur das Territorium und die natürlichen Ressourcen. Von diesen Überlegungen werden sie geleitet, wenn sie (mit Unterstützung des US-Außenministeriums, wie es sich erwiesen hat) auf der Übergabe der Territorien der Volksrepubliken unter die volle Kontrolle von UN-Kräften bestehen (und was sonst als eine Besetzung kann mit der Forderung, ein UN-Kontingent auf dem gesamten Territorium zu stationieren und die Waffenlager unter ihre Kontrolle zu stellen, gemeint sein?). Diese Rhetorik wird ständig vom offiziellen Kiew in den Massenmedien verbreitet. Und nun ist das bis zum UN-Sicherheitsrat gelangt.

Wir unsererseits haben unsere Bereitschaft, die Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit der Arbeit der OSZE-Mission an der Abgrenzungslinie zwischen den Republiken und dem von Kiew kontrollierten Territorium zu behandeln, bekräftigt. Gerade hier, an dem am meisten problematischen Abschnitt der Arbeit zur Abschwächung des militärischen Konflikts im Donbass, ist es äußerst notwendig ein effektives Monitoring zu gewährleisten. Und gerade hier ist die Hilfe der UNO zur Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Mission am Platz. Mehr noch, wir haben auch die Bereitschaft bestätigt, an einer Kompromisslösung zu arbeiten, die es erlaubt eine positive Dynamik beim „Binden“ des militärischen Konflikts zu gewährleisten, bis hinzu zu einer Bewachung der OSZE-Patrouillen auf ihren Strecken, um das Monitoring der abgezogenen Waffen in ihren Lagergebieten durchzuführen. Aber zum Erreichen eines Kompromisses müssen dies beide Seiten wollen.

de.sputniknews.com: „Diesmal nicht“: Ukrainischer Präsident wird in Donezk nicht gewählt – Republikchef

Die Wahl des ukrainischen Präsidenten wird in der selbsternannten Volksrepublik Donezk nicht abgehalten, sagte Republikchef Alexander Sachartschenko.

„Diesmal wird es nicht gelingen. Wir werden der ganzen Welt beweisen, dass es keine ukrainischen Wahlen auf unserem Territorium geben wird“, wird Sachartschenko von seiner Pressestelle zitiert.

Sollte die Opposition in Kiew vorzeitige Wahlen einleiten, werde der Donezker Chef außerdem nicht zulassen, dass Kiew so tue, als ob diese auch in der selbsterklärten Volksrepublik stattfinden würden.

Im Herbst startet in der Ukraine eine informelle Wahlkampagne: Die Politiker werden sich zuerst auf die präsidentiale und anschließend auf die parlamentarische Wahl vorbereiten, die beide 2019 stattfinden sollen.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego im Zusammenhang mit dem Terrorakt in Lugansk:

Die Ukraine kämpft weiter gegen Denkmäler.

Aber während das auf ihrem eigenen Territorium öffentlich getan wird, unter den zustimmenden Ovationen einer rasenden Menge, so handeln sie auf dem Territorium der LVR verdeckt, indem sie Sprengleinrichtungen installieren und die Ergebnisse ihrer Diversionen feige aus der Ferne betrachten.

Und die Lügenmärchen ukrainischer Massenmedien über eine angebliche massenhafte Unterstützung proukrainischer Ansichten unter den Einwohnern der Republik gewinnen nicht einmal das Vertrauen der ukronazistischen Ideologen, die auf die Verwendung von

Diversions- und Erkundungsgruppen setzten und nicht auf eine erdachte „Massenunterstützung“.

Das Eindringen einer ukrainischen DEG endete dieses Mal leider nicht mit der Festnahme der Diversanten, sondern mit der Sprengung des Denkmals für die Luftlandkräfte, die ihr Leben für die Verteidigung der LVR gegeben haben, das am 2. August 2015 zum 85. Jahrestag der Schaffung der Luftlandkräfte eingeweiht wurde. Aber endete es wirklich so?... Fünf von den an den Detonationen in Lugansk am 7. Juli 2017 Beteiligten wurden vor einigen Tagen festgenommen. Ich bin überzeugt, das die heutigen das gleiche Schicksal erwartet. Zum Glück gab es bei der Detonation keine Verletzten. Nur das Denkmal. Und möglicherweise die Psyche der OSZE-Beobachter, deren Büro sich kaum 600 Meter vom Explosionsort entfernt befindet.

Im Vorfeld der Sitzung der UN-Generalversammlung nehmen die Aktivitäten der bewaffneten Formationen der Ukraine immer deutlicheren terroristischen Charakter an. Zuerst die Weigerung, die Befehle zum Verbot von Beschuss und über Maßnahmen zur Verantwortlichkeit für die Verletzung des „Regimes der Ruhe“ zu veröffentlichen. Dann bei Videokonferenz das Ausweichen vor Antworten auf direkte Fragen zu Fällen von Beschießungen, die in den OSZE-Berichten festgehalten sind. Weiter – eine systematische Vergrößerung der Zahl der Beschießungen unseres Territoriums, eine Verschiebung in Richtung der Verwendung von Artillerie großen Kalibers (der „Rekord“ - am 16. September – 29 Beschießungen, drei Fälle der Verwendung von 120mm-Mörsern und 122mm-Haubitzen). Dann die nächste Überraschung, bereits auf diplomatischer Ebene – die Weigerung, an dem Resolutionsentwurf zur Gewährleistung einer Bewachung der OSZE-Patrouillen an der Abgrenzungslinie durch UN-Kräfte, der von der RF in den UN-Sicherheitsrat eingebracht wurde, zu arbeiten. Ja, „vom Gesichtspunkt der banalen Gelehrsamkeit“ ist das kein Terrorismus, aber wenn man es näher betrachtet, ist dies ein Spiel am Rand eines Fouls: Resolutionsentwürfe im Sicherheitsrat werden erörtert, überarbeitet und dann unterstützt oder nicht. Und hier – einfach eine stumpfe Verweigerung der Arbeit an dem Entwurf. Für die UNO-Ebene ist das, wenn nicht Terrorismus, so doch gewiss Vandalismus. Und direkt danach – die Sprengung eines Denkmals im Zentrum von Lugansk. Terrorismus in Reinform.

Die Intensität der Ereignisse um den Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass hat, auch wenn es nicht so deutlich in der Presse berichtet wurde, hat in den letzten Monaten einen präzedenzlosen Charakter. Nicht zu reden von den Minsker Treffen, den einzelnen Treffen des „Normannischen Vier“ in verschiedenen Formaten, von den Staatsoberhäuptern bis zu Beratern fanden mindestens drei statt, und die für die nächsten Tage bereits angesetzt. Und die Kulmination soll nach Meinung der „ukrainischen Ultrationalisten“ die „Benefizvorstellung“ Poroschenkos bei der Generalversammlung werden. Hier bereiten seine Handlanger den „richtigen“ Informationshintergrund vor. Nur, wie man es auch dreht und wendet, daraus wird ein Bären dienst, und daran ist dann offensichtlich der russische Bär schuld.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Lawrow: Kritische Situation auf koreanischer Halbinsel durch Dialog lösen

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat beim Treffen mit seinem japanischen Amtskollegen Tarō Kōno am Rande der Sitzung der UN-Vollversammlung am Montag die Situation auf der koreanischen Halbinsel als kritisch bezeichnet. Der Dialog ist derzeit besonders wichtig, so der Minister.

Vor dem Hintergrund der zugespitzten Lage in der Region halte Moskau den ständigen Dialog mit Tokio über das Problem der Sicherheit für notwendig, sagte Lawrow. Er lobte den Meinungsaustausch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem japanischen Premier Shinzo Abe über die Fragen der internationalen Beziehungen, zum Beispiel die „Sicherheitsprobleme in unserer gemeinsamen Region“, als „sehr ergiebig“. „Wir halten den ständigen Dialog zwischen Russland und Japan zu Sicherheitsproblem im nordöstlichen Asien für äußerst angebracht, vor allem vor dem Hintergrund der kritischen Situation auf der koreanischen Halbinsel“, betonte Lawrow. „Desto wertvoller ist heute die Möglichkeit, die Meinungen zu dieser und anderen Frage auszutauschen.“

Die beiden Minister sollen zudem beim Treffen am Rande der Sitzung der UN-Vollversammlung die Meinungen zu den bilateralen Fragen sowie aktuellen internationalen Problemen ausgetauscht haben.

Am Montag hatte Lawrow die Lage in der Region auch mit dem chinesischen Amtskollegen Wang Yi erörtert. Beide Seiten bestätigten, dass die Krise rund um Nordkorea ausschließlich auf dem politischen Wege geregelt werden könne.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden achtmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk, Frunse, Donezkij, Shelobok, Sokolniki, Kalinowka und Prischib**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Während eines Mörserbeschusses von Donezkij am Abend des 18. September geriet ein Wirtschaftsgebäude aus Holz in Brand.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung 36-mal verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik mit Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde der Einwohner des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Anatolij Wladimirowitsch Sajaz, geb. 1952, verletzt, außerdem wurde ein Haus in Donezk in der Lugowskij-Straße 15 beschädigt.

de.sputniknews.com: **Poroschenko: 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für Ukraine**
Laut dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko hat der US-Senat angeblich 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine gebilligt. Das hat Poroschenko in einer Facebook-Mitteilung erklärt.

Die Ukraine werde „letale Waffen defensiven Typs“ bekommen, so der Kiewer Präsident. Zudem sehe das neue US-Gesetz vor, dass ukrainische Soldaten in den medizinischen Einrichtungen der USA auf Kosten des US-Verteidigungsetats rehabilitiert werden können. Zum ersten Mal werde es per Gesetz möglich, dass die USA der Ukraine Mittel wie Radargeräte zur Flugabwehr und zur Überwasser-Überwachung, Minenräumgeräte für die Kriegsmarine, Kampfschiffe für Küstenwache und küstennahe Gefechtsführung liefern. Am Montag hatte der US-Senat den Entwurf für den Militärhaushalt 2018 im Umfang von 692 Milliarden US-Dollar genehmigt. Demnach soll die Ukraine 150 Millionen US-Dollar als Militärhilfe erhalten (im vergangenen Jahr betrug der entsprechende Wert 350 Millionen). Dabei sollen lediglich 75 Millionen US-Dollar direkt zugänglich sein. Für den Rest der Summe soll eine spezielle Genehmigung des US-Senats erfolgen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass die USA der Ukraine bei der Cybersicherheit helfen werde. Konkrete Verpflichtungen seitens der USA gibt es jedoch nicht.

Dan-news.info: „In Folge eines Beschusses, gestern um 18:45 Uhr, wurde in der Tomskaja-Straße 18 ein Mann, geb. 1952, verletzt. Er wird in der stomatologischen Abteilung des zentralen städtischen Krankenhauses Nr. 14 behandelt“, teilte der Leiter der Verwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit.

Nach seinen Worten erlitt der Verletzte zahlreiche Splitterverletzungen an der rechten Gesichtshälfte, dem Brustkorb, der Bauchhöhle und im Leistenbereich. Der Zustand des Mannes ist stabil.

„Außerdem wurde in der Lugowskij-Straße 15 eine Gasleitung beschädigt. Spezialisten arbeiten vor Ort, das Leck wurde bereits beseitigt“, fügte Leiter der Bezirksverwaltung hinzu.

Lug-info.com: Ein Wohnhaus in **Donezkij**, das zu Kirowsk gehört, geriet in der letzten Nacht durch Beschuss von Seiten der Kiewer Truppen in Brand. Dies teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Ein weiteres Mal rufe ich die Weltöffentlichkeit auf, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die Ukraine zielgerichtet das Volk des Donbass vernichtet und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet“, sagte er.

„Heute Nacht befand sich Donezkij vollständig unter Beschuss mit Mörsern, Granatwerfern, Schützenpanzern und Schusswaffen. Durch glücklichen Zufall gibt es keine Opfer. Ziel war ein Kinderspielplatz, wo Kinder spielen und Sport treiben. Ein Wohnhaus wurde beschossen, wo auch ein Kind wohnte. Das Haus brannte vollständig ab“, teilte Marotschko mit.

de.sputniknews.com: Lawrow fährt nicht zu Schwarzmeer-Treffen in Kiew – Vertreter wird geschickt

Der russische Außenminister Sergej Lawrow wird nicht am Treffen des Außenministerrates der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (SMWK) im November in Kiew teilnehmen. Das berichtet am Dienstag die russische Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf eine Quelle in diplomatischen Kreisen.

Das Treffen werde „irgendein anderer besuchen, um dabei einen antirussischen Konsens zu vermeiden“, so die Quelle der Zeitung.

Konstantin Kossatschow, Chef des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Oberhaus des Parlaments), sagte gegenüber „Iswestija“, die Ukraine wolle die Tätigkeit der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation maximal politisieren. Kiew wolle alle Probleme, die die Ukraine in den Beziehungen zu Russland hat, in das Gremium tragen. Die Organisation sei aber gegründet worden, um Anknüpfungspunkte zu finden und nicht herumzustreiten, so Kossatschow.

Die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation ist eine regionale Wirtschaftsorganisation, die 1999 gegründet worden war. Der Organisation gehören die sechs Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres (Bulgarien, Georgien, Rumänien, Russland, die Türkei und die Ukraine) sowie sechs weitere Staaten (Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Griechenland, Moldawien, Serbien) an. Die Ukraine führt den regelmäßig wechselnden SMWK-Vorsitz von Juli bis Dezember 2017.

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij im Zusammenhang mit dem Terrorakt in Lugansk:

Sehr geehrte Mitbürger! Liebe Landsleute!

Am Abend des 18. September haben die Feinde der Republik einen weiteren terroristischen Akt begangen. Sein besonderer Zynismus besteht darin, dass die Detonation an einem bevölkerten Ort, im Zentrum der Stadt, neben dem Lugansker Akademischen Ukrainischen Musikalisch-Dramatischen Theater auf der Oboronnaja stattfand. Nur durch einen glücklichen Zufall gab es keine menschlichen Opfer.

Dieses Verbrechen beweist ein weiteres Mal, dass die Bandera-Janitscharen Feinde nicht nur

des Volks des Donbass sind, sondern auch der ukrainischen Kultur. Mehr noch, sie sind Feinde alles Menschlichen. So ist das zerstörerische Wesen ihrer nazistischen Ideologie. Die Verantwortung für diesen Terrorakt teilen die westlichen Politiker, die statt Sanktionen gegen das Kiewer Regime, das einen blutigen Bürgerkrieg entfacht hat, zu verhängen, es mit Geld und Waffen vollpumpen. Ein solcher Fehler kam der Welt 1938 sehr teuer zu stehen. Natürlich werden wir nicht warten, bis bei den Sponsoren und Schutzherren des Bandera-Nazismus die historische Erinnerung und das Gewissen erwachen. Die militärischen Strukturen der Republik haben sofort konkrete Aufgaben erhalten. Aber die Anstrengungen allein von Spezialdiensten können sich als unzureichend erweisen. Wir müssen uns an die Erfahrung des Großen Vaterländischen Krieges erinnern, als jeder Bürger ein freiwilliger Helfer der Hauptabteilung Gegenaufklärung war, deswegen konnten Diversanten und Spione keinen Schritt auf unser Land tun. In der nächsten Zeit werden in den Massenmedien Anleitungen erscheinen, wie man unauffällig Terroristen entdecken und darüber kompetente republikanische Organe informieren kann. Die Republik ist unser gemeinsames Haus. Mit gemeinsamen Anstrengungen werden wir sie von den Trägern der nazistischen Viren und Bakterien säubern und den Krieg aus unserem Heimatland vertreiben!

de.sputniknews.com: Tillerson: Abkommen zwischen USA und Russland zu Syrien wird umgesetzt

Der Verbindungskanal zwischen dem russischen und dem US-amerikanischen Verteidigungsministerium zu Syrien ist nicht tot. Das hat US-Außenminister Rex Tillerson am Dienstag in New York erklärt.

Tillerson wurde am Rande der UN-Vollversammlung in New York von einem Journalisten gefragt, ob „das Abkommen zur Konfliktvermeidung nach dem Luftschlag an diesem Wochenende tot“ sei. „Nein, es ist nicht tot“, erwiderte Tillerson. Weitere Details nannte er nicht.

Damit bestätigte der US-Außenminister den Washingtoner Kurs, die militärischen Verbindungskanäle mit Moskau im Bereich der Krise in Syrien weiter zu nutzen. In dem Land kämpfen die syrische Regierungsarmee, unterstützt von der russischen Luftwaffe, einerseits und die USA und ihre Verbündeten, unter anderem auch kurdische Kräfte, gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS; auch Daesh).

Das Zusammenwirken Russlands und der USA in Syrien war am Samstag erneut in den Fokus gerückt. Die USA warfen Russland vor, einen Angriff auf die Stellungen der „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) unternommen zu haben. Das russische Verteidigungsministerium wies diese Vorwürfe zurück. Die USA seien über das Gebiet des Militäreinsatzes in Deir ez-Zor im Voraus informiert worden.

Der Berater des US-Außenministers, David Satterfield, sprach das Thema ebenfalls an und sagte, die USA würden mit Russland in Syrien nicht konkurrieren, sondern zusammenwirken, um dem IS zu besiegen. „Das ist keine Rivalität und kein Wettbewerb“, äußerte er. Die Bildung der Zonen der Konfliktvermeidung sei ein Teil den gemeinsamen Bemühungen mit Russland zum Sieg über den IS.

Satterfield rief unter anderem die syrischen Oppositionellen dazu auf, eine gemeinsame konsequente Position für Gespräche in Genf zu bilden. Die Weltgemeinschaft werde „wesentliche Mittel für den Wiederaufbau Syriens bereitstellen, wenn dort ein aktiver politischer Prozess stattfinden“ werde, sagte er.

Dan-news.info: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morowosa über die Gerichtsverfahren in der Sache der Odessaer „Antimaidaner“

Mich als Bevollmächtigte für Menschenrechte empört, dass dieser Prozess nicht entsprechend den Anforderungen der Europäischen Konvention für Menschenrechte erfolgt ist. Die Justiz der Ukraine hat für einen Freispruch der Angeklagten in der Sache des 2. Mai in Odessa drei Jahre gebraucht, obwohl zuvor Vertreter der UNO ihre Beunruhigung über die sich hinziehenden Ermittlungen geäußert haben. Dabei gibt es keine überzeugenden Beweise für die Schuld der Angeklagten und es gab nie auch nur einen einzigen. Die Staatsanwaltschaft konnte keine Beweise vorlegen, die die Anklage bestätigten. Während gleichzeitig der des Mordes an friedlichen Protestierenden angeklagte Aktivist des Euromaidan Sergej Chodijak nur zwei Tage hinter Gittern blieb.

Mich erschüttert die Voreingenommenheit und Abhängigkeit der vorgerichtlichen Ermittlungen gegen Personen, die an den Ereignissen des 2. Mai 2014 beteiligt waren. Noch mehr bin ich entsetzt, dass zwei der vom Gericht Freigesprochenen, Jewgenij Mefedow und Sergej Dolshenikow im Gerichtssaal mit einer neuen Anklage festgenommen wurden. Diesmal wurde ihnen ein Anschlag auf die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der Ukraine entsprechend Artikel 110 des Strafgesetzbuchs der Ukraine vorgeworfen. Wir haben keinen Zweifel an der Unschuld dieser Menschen.

Dan-news.info: Eine Gedenktafel in Erinnerung an die gesellschaftliche Aktivistin, Mitglied des Rats zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der RF Jelisaweta Glinka, bekannt als Doktor Lisa, wurde heute am Eingang des Republikanischen Klinischen Kinderkrankenhauses eingeweiht. Genau von dort aus hat Glinka schwerkranke Kinder des Donbass zur Behandlung in die RF gebracht.

Die Gedenktafel weihten die Vertreterin des Fonds Natalja Awilowa und der leitende Arzt des Kinderkrankenhauses Sergej Markow ein. Die Veranstaltung besuchten auch der Minister für Jugend, Sport und Tourismus der DVR Alexandr Gromakow, der stellvertretende Gesundheitsminister der Republik Alexandr Lewtschenko, der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos Eduard Basurin, die gesellschaftliche Aktivistin und Leiterin der gesellschaftlichen Organisationen „Hoffnung, Glaube und Liebe“ Nadeshda Lupatsch, Eltern von Kindern, die von Doktor Lisa gerettet wurden, sowie das Personal des Krankenhauses. „Heute haben wir uns an diesem symbolischen Ort versammelt, wo Jelisaweta Petrowna unseren Kindern Hoffnung auf Gesundheit, Frieden und eine Zukunft gab. Hunderte von Malen wurden von diesem Ort aus Kinder zur Behandlung in die RF geschickt. Und heute haben wir hier eine Gedenktafel angebracht, im Gedenken an die Heldentat eines Menschen mit großem Herz und großer Seele, die in Erfüllung ihrer menschlichen Pflicht starb“, sagte Lewtschenko.

Nach der Einweihung der Gedenktafel ehrten die Anwesenden das Andenken Glinkas mit einer Schweigeminute, dann legten sie Blumen nieder. Auf der Tafel werden die Worte Jelisaweta Glinkas zitiert: „Ich werde Kinder aus Donezk bringen, solange der Krieg nicht endet. Oder man mich nicht tötet. Weil sie dort nicht überleben werden. Sie haben keine andere Chance“. Außerdem ist dort ihr Porträt mit Geburts- und Todesjahr angebracht.

„Seit dreieinhalb Jahren werden von diesem Gebäude schwerkranke, verletzte, der medizinischen Behandlung bedürftige Kinder evakuiert. Diese Hilfe erhalten sie auf dem Territorium der RF. Seit neun Monaten tun wir unsere Arbeit ohne Doktor Lisa. Jelisaweta Glinka ist ohne nachzudenken denen zu Hilfe gekommen, die sie benötigten. Sie dachte nicht an die Gefahr und wurde nicht müde, Kinderleben zu retten“, sagte Awilowa.

Am Ende der Veranstaltung übergab der Sportminister Alexandr Gromakow der Vertreterin des Fonds Flagge und Wappen der Republik und die Mutter eines der von Glinka geretteten Kinder gab ihr im Namen aller Eltern, deren Kindern geholfen wurde, eine Ikone des Wundertäters Nikolaj.

Wir erinnern daran, dass die Gründerin der Organisation „Gerechte Hilfe“ Jelisaweta Glinka tragisch bei einem Flugzeugunglück über dem Schwarzen Meer am 25. Dezember 2016 starb.

Während des Krieges im Donbass half sie bei der medizinischen Behandlung von Kindern aus der DVR und der LVR in russischen Kliniken. Während der Zeit des Konflikts schickte Glinka mehr als 500 schwerkranke Kinder in die RF.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/09/dan-news.info-2017-09-19_06-51-21_193249-----8-1024x682.jpg

de.sputniknews.com: Russische Armee bestreitet Heli-Angriff auf Zuschauer bei Übung
Das russische Militär weist Medienberichte als falsch zurück, laut denen ein Kampfhubschrauber bei der Übung Zapad 2017 auf eine Menge eine Rakete abgefeuert und mehrere Menschen verletzt haben soll.

In den sozialen Netzwerken macht am Dienstag ein Video die Runde, auf dem zu sehen ist, wie ein Kampfhubschrauber eine Rakete in Richtung des Filmenden abfeuert. Medien berichteten, dass infolge der Attacke, die sich am Montag während des russisch-weißrussischen Armee-Manövers "Zapad 2017" („West 2017“) ereignet haben soll, mehrere Menschen schwer verletzt worden seien.

Die Armee bestreitet das:

„Am 18. September hat es während der Übung Zapad 2017 keinerlei Vorkommnisse mit der Luftwaffe gegeben“, teilte der Pressedienst des Wehrkreises West am Dienstag offiziell mit. Berichte über „Salven auf eine Journalistenmenge“ und über „zahlreiche Schwerverletzte“ seien „entweder eine bewusste Provokation oder eine Dummheit“, hieß es.

Ein Armeesprecher verwies darauf, dass „Hunderte russische und ausländische Journalisten sowie Militärattachés aus über 50 Ländern“ bei der Militärübung Zapad 2017 als Beobachter zugegen seien.

Das betreffende Video sei alt und zeige einen Vorfall, der sich während einer anderen Übung ereignet habe, so das Militär weiter. „Damals hatten Armeeflieger Angriffe auf Bodenziele trainiert.“ Einer der beteiligten Hubschrauber habe ein falsches Ziel gewählt und eine ungenlenkte Rakete abgefeuert. „Dabei wurde ein Lastwagen beschädigt, in dem keine Menschen waren.“

Dan-news.info: Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben nach dem Freispruch der Angeklagten in der Sache der Unruhen am 2. Mai 2014 in Odessa ukrainischen Radikalen geholfen, an den freigesprochenen Beteiligten des Prozesses Selbstjustiz zu üben. Dies berichtete heute der ehemalige Anwalt der „Antimaidaner“, der Odessaer Menschenrechtsaktivist Kirill Schewtschuk.

„Nachdem der Iljitschewskij-Gerichtshof seinen Freispruch in Bezug auf die Odessaer „Antimaidaner“ verkündet hatte, wurden eine Reihe der Freigesprochenen schwer verletzt. Angeblich aus Sicherheitsgründen haben Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine sie aus der Stadt weggebracht. Dabei wurden die Leute auf einem Feld ausgesetzt, um von Radikalen zerfetzt zu werden, die sie dort schon erwarteten und sie mit allen möglichen Gegenständen verprügelten“, sagte Schewtschuk.

Nach seinen Worten wird die Zahl der Verletzten derzeit ermittelt. Es ist bekannt, dass einer von ihnen mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus ist. Außerdem gelang es einigen, wie der Menschenrechtsaktivist bestätigt, vom Ort des Geschehens zu fliehen.

Der Gesprächspartner der Agentur merkte an, dass die Anhänger des „Antimaidan“ Jewgenij Mefedow und Sergej Dolshenkow, denen gestern nach dem Freispruch neue Anklagen vorgelegt wurden, in die Hände des radikalen Staatsanwalts Jurij Bogomolow geraten sind. Schewtschuk unterstrich, dass der staatliche Ankläger zuvor in der Angelegenheit der Unruhen in Odessa nicht beteiligt war.

„Das ist ein Schuft und Schurke höchster Kategorie. Seinem Wesen nach gehört er zu den radikal eingestellten Schichten und hasst einfach Menschen mit anderen Ansichten. Deshalb werden Sie selbst verstehen, wie die Sache sich weiter entwickeln kann“, fügte der Jurist hinzu.

Wir erinnern daran, dass die Angeklagten in der Sache der tragischen Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 freigesprochen wurden, weil keine Beweise für Verbrechen ihrerseits vorlagen. Der Freispruch erfolgte durch den Iljitschewskij Stadtgerichtshof. Sofort erhielten zwei der Freigesprochenen – Jewgenij Mefedow und Sergej Dolshenkow – eine neue Anklage nach dem Paragraphen „Anschlag auf die territoriale Integrität der Ukraine“.

Auf der Anklagebank sitzen 20 Menschen, darunter auch Bürger der RF. Zunächst hatte der Primorskij-Berichtshof die Angelegenheit der Unruhen auf dem Griechischen Platz in Odessa am 2. Mai 2014 behandelt, aber Ende 2014 verweigerte dieser die Behandlung der Angelegenheit, die dann an den Malinowskij-Bezirksgerichtshof übergeben wurde. Damals wurde die Anklageschrift mehrfach an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben, danach musste jedes Mal ein neues Richterkollegium gebildet werden. Im Mai 2017 gab es im Malinowskij-Gerichtshof keine Richter mehr, die berechtigt gewesen wären, diese Sache zu behandeln, deshalb wurde sie an der städtischen Gerichtshof von Tschernomorsk (ehemalig Iljitschewsk) übergeben. Insgesamt dauert der Prozess bereits drei Jahre.

Die Tragödie geschah in Odessa am 2. Mai 2014. Damals setzten Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidan“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld in Brand, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über eine Föderalisierung der Ukraine und den Status der russischen Sprache sammelten. Die Anhänger der Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ suchten im Gewerkschaftshaus Schutz, aber die Radikalen umzingelten das Gebäude und setzten es in Brand. Bei der Tragödie starben nach unterschiedlichen Angaben 40 bis 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Bis heute wurden die Schuldigen nicht bestraft, aber die Opfer sitzen auf der Anklagebank.

nachmittags:

Dan-news.info: Kommentar Denis Puschilins über die Billigung von Militärhilfe für die Ukraine durch den US-Senat:

Gestern hat die Ukraine sich gemeinsam mit den USA geweigert, die von Russland vorgeschlagene Resolution über die Stationierung eines UN-Kontingents im Donbass zu erörtern, heute freut sich der ukrainische Präsident über die Billigung einer Zuteilung von 500 Mio. Dollar an die Ukraine für die Verteidigung durch den US-Senat. Kann jemand ausdrucksstärker über die Absichten der ukrainischen Seite sprechen?

Die Sabotage der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, die Verzögerung des Verhandlungsprozesses, der provokative Beschluss des Territoriums der Republiken, die Absage an die Friedensinitiativen Wladimir Putins und jetzt die Zuteilung von Mitteln für Waffen an die Ukraine...

Das kann nur von der Absicht zeugen, den Konflikt im Donbass mit politischen Mitteln zu lösen.

Der Leiter der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets der Republik, Denis Puschilin

de.sputniknews.com: Moskau widerspricht Trump bei Reform der Vereinten Nationen
US-Präsident Donald Trump hat in seiner ersten Rede in einer UN-Vollversammlung zur Reformierung der Vereinten Nationen dazu aufgerufen, vor allem zur Kürzung ihrer Ausgaben und zur Erhöhung der Verwaltungsqualität überzugehen, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Dienstag.

Trumps Rede in der Vollversammlung selbst ist für Dienstag geplant, wenn die so genannte allgemeinpolitische Diskussion beginnt, aber er wollte die Anwesenheit der meisten Staats- und Regierungsoberhäupter in New York nutzen, um seine Ansichten zu den Problemen der Vereinten Nationen darzulegen.

Trump präsentierte ein ganzes Programm aus zehn Punkten. Nach seiner Auffassung konnte die UNO in den vergangenen Jahren „wegen der Bürokratie und mangelhaften Verwaltung“ ihr volles Potenzial nicht entfalten.

„Der UN-Haushalt ist dabei um 140 Prozent gewachsen, während die Zahl der Mitarbeiter seit 2000 sich mehr als verdoppelte. Wir sehen keine Ergebnisse, die diesen Investitionen entsprechen würden“, kritisierte Trump.

Zugleich zeigte er sich überzeugt, dass die Beiträge der Mitgliedsstaaten zur UNO gleich sein sollten, und zwar „sowohl im militärischen als auch im finanziellen Sinne“. Der an dem von den USA einberufenen Treffen beteiligte UN-Generalsekretär António Guterres stimmte zu, dass die Effizienz der Organisation gesteigert werden muss. Dieses Problem hat ihm nach seinen Worten „den Nachtschlaf geraubt“. „Wir müssen uns vor allem auf die Menschen und weniger auf die Bürokratie konzentrieren“, betonte er.

Die US-Vertreterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, führte an, dass die von Washington initiierte Deklaration zur Reformierung der UNO fast 130 von insgesamt 193 Mitgliedsländern befürwortet haben. Allerdings fehlen dabei drei ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats: Russland, Frankreich und China. (Russland hat übrigens auch die von Trump einberufene Sondersitzung ignoriert.) Moskaus Position schilderte der Vizeaußenminister Gennadi Gatilow. Ihm zufolge sollten die UN-Mitglieder Entscheidungen zur Reformierung der Organisation „auf dem Weg des Dialogs“ treffen, wobei die Meinung aller Seiten berücksichtigt würde. Da seien Moskaus Ansichten anders als die von Washington. Generell aber sei die russische Seite einverstanden, dass die UN-Ausgaben reduziert werden sollten, versicherte Gatilow.

„Da gibt es viele Momente, an denen man arbeiten müsste, aber man sollte sie aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, ohne die Programme zu streichen, die effizient arbeiten, und sich dabei auf die Programme konzentrieren, die veraltet sind oder deren Mandat optimiert werden sollte“, so der hochrangige Diplomat.

Er versicherte, dass Moskau bereit wäre, an dieser Arbeit teilzunehmen. Noch heftigere Worte leistete sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses in der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Leonid Sluzki: „Die von Trump vorangetriebene UN-Reform würde einen Schritt zu einer unipolaren Weltordnung und zur Beeinträchtigung der Rolle der UNO bedeuten. Wir sind aktuell nicht bereit, diesen Prozess zu unterstützen.“

Lug-info.com: Mitteilungen des Staatssicherheitsministers der LVR Leonid Pasetschnik (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Sprengkraft der selbstgebauten Sprengeinrichtung, mit der das Denkmal für die Luftlandkräfte in Lugansk gesprengt wurde, betrug mehr als fünf kg TNT-Äquivalent. Dies teilte der Minister für Staatssicherheit der LVR Leonid Pasetschnik mit...

„Das Ministerium für Staatssicherheit hat festgestellt, dass die Explosion mit Hilfe einer selbstgebauten Sprengeinrichtung mit einer Sprengkraft von mehr als fünf Kilogramm TNT-Äquivalent durchgeführt wurde, die unter den Boden des Militärgeräts gelegt wurde“, sagte Pasetschnik.

„Nach den Ergebnissen einer vorläufigen Untersuchung, die durch das MfS erfolgt ist, wurden für die Sprengung Sprengstoffspezialisten eingesetzt, die eine Ausbildung unter Leitung von Instruktoren mit einer uns bereits bekannten Handschrift durchlaufen haben“, sagte Pasetschnik.

„Die vorhandenen Informationen erlauben es den Ermittlern eine grundlegende Version vorzubringen – ein terroristischer Akt, der von Personen durchgeführt wurde, die eine professionelle Ausbildung in einem der Zentren des Spezialoperationsdienstes der ukrainischen Streitkräfte erhalten haben“, unterstrich er.

Der Minister teilte mit, dass zu der Angelegenheit ein Strafprozess eingeleitet wurde, die Ermittlungen gehen weiter.

„Der terroristische Akt wurde in dem Augenblick verübt, als Russland mit einer Initiative zur Stationierung einer bewaffneten UN-Mission im Donbass aufgetreten ist und als das Oberhaupt des Kiewer Regimes in die USA gereist ist, um auch die Stationierung von UN-Friedenstruppen zu fordern, aber zu seinen Bedingungen, während die Annahme des Gesetzes über die „Reintegration“ der Territorien der Volksrepubliken durch die Oberste Rada der Ukraine vorbereitet wird“, merkte er an.

„Die Auftraggeber dieses terroristischen Akts haben einige politische Ziele verfolgt: eine Einschüchterungsaktion vor der Annahme des Gesetzes, einen barbarischen Akt, um die Aufmerksamkeit auf die Mission Pjotr Poroschenkos zu richten, das Renommee der Einwohner des Donbass als Terroristen, die von Russland weiter verteidigt werden, zu bestätigen“, erklärte Pasetschnik.

„Sie haben sich nicht für einen Terrorakt mit Menschenopfern entschieden, aber sie haben ohne Vorwarnung in der ihnen eigenen Art den Krieg gegen Denkmäler betrieben“, fügte der Minister hinzu.

de.sputniknews.com: Ukraine als Fernglas der USA – Abgeordneter

US-Munition für die Ukraine ist weniger für die Verteidigung sondern vielmehr für die Aufklärung und Verfolgung der Aktivitäten der russischen Schwarzmeerflotte in der Region vorgesehen. Das hat ein Abgeordneter des russischen Parlaments der Hafenstadt Sewastopol, Dmitri Belik, am Dienstag gesagt.

„Die gesamte Palette der US-Verteidigungsmittel stellt keine militärische Gefahr dar, macht aber Aufklärungsaktivitäten gegenüber russischen Schiffen und Seeluftstreitkräften möglich“, sagte Belik.

„Die Ukraine spielt hier die Rolle eines Fernglases, durch das die Amerikaner die Aktivitäten

der russischen Schiffe und Flüge der Zivil- und Seeluftfahrt beobachten werden“. Die Ukraine werde laut Belik keine echte letale Munition bekommen. „Ich denke, dass der US-Plan ist, die Ukraine für ein rund um die Uhr Allwetter-Monitoring der russischen Krim-Gruppierung zu nutzen“, äußerte der Abgeordnete. Wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Montag mitgeteilt hatte, hat der US-Senat angeblich 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine gebilligt. Die Ukraine werde „letale Waffen defensiven Typs“ bekommen, hieß es. Inzwischen sieht das vom US-Senat gebilligte Verteidigungsbudget nur 150 Millionen Dollar für die Ukraine vor. Davon sollen aber nur 75 Millionen Dollar sofort zugänglich werden, für die restliche Summe ist eine gesonderte Zustimmung des Senats erforderlich.

de.sputniknews.com: Mögliche Untersuchung gegen Sputnik in USA: Chefredakteurin Simonjan übt Kritik:

Sputnik-Chefredakteurin Margarita Simonjan hat am Dienstag die Forderungen von drei Abgeordneten des US-Kongresses, die angebliche Einmischung des englischsprachigen Radiosenders „Sputnik International“ in die US-Präsidentschaftswahl 2016 zu untersuchen, kommentiert.

„Einen Radiosender, der vor zwei Monaten mit der Ausstrahlung begonnen hat, einer Einmischung in die Wahl, die im vorigen Jahr stattgefunden hatte, zu bezichtigen, ist eine neue intellektuelle Höhe des amerikanischen Establishments. Psaki (ehemalige US-Außenamtssprecherin – Anm. d. Red) applaudiert stehend“, sagte Simonjan in einem Interview für RIA Novosti.

Zuvor hatten drei Abgeordnete des US-Kongresses, Anna Eshoo, Michael Doyle und Frank Pallone, von der Rundfunkaufsicht der USA gefordert, die angebliche Einmischung des englischsprachigen Radiosenders „Sputnik International“ in die Präsidentschaftswahl 2016 zu untersuchen. Sie hatten auf die Sendetätigkeit von „Sputnik International“ in Washington auf der Frequenz 105,5 FM hingewiesen, dabei jedoch die Tatsache ignoriert, dass die erste Ausstrahlung dort am 1. Juli 2017 erfolgt war – über ein halbes Jahr nach den Präsidentschaftswahlen. Dabei hatten die Kongressabgeordneten auch keine Argumente angeführt, wie genau der Sender auf der besagten Frequenz die Wahlen nach einer derart langen Zeit beeinflussen hätte sollen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31749/55/317495534.jpg>

Lug-info.com: Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben versucht, zwei Soldaten

der Volksmiliz der LVR anzuwerben, indem sie ihren Verwandten und Freunden drohten. Dies teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Marotschko heute auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit den beiden Soldaten mit.

„In der letzten Zeit hat der Sicherheitsdienst der Ukraine seine kriminelle Aktivität zur Anwerbung und Erpressung von Bürgern, Soldaten der Volksmiliz der LVR und ihren Verwandten wieder verstärkt, um Informationen über die Stärke und das Ausbildungsniveau der Volksmiliz zu erhalten“, sagt er.

„Wir kämpfen ein weiteres Mal mit der Gemeinheit und Hinterhältigkeit der Spezialdienste der Ukraine, die weiterhin bei ihrer Arbeit zynische, harte, unmenschliche Methoden in Bezug auf die Zivilbevölkerung des Donbass anwenden, um die für sie notwendigen Informationen zu erhalten“, fügte der Oberstleutnant hinzu.

„Mitte Juni hat mich meine Schwester aus dem Dorf Krymskoje, das von der ukrainischen Armee kontrolliert wird, angerufen und mir mitgeteilt, dass zu unserem Vater Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine gekommen sind“, sagte einer der betroffenen Soldaten der Volksmiliz Denis Prawatorow.

„Zu ihm kamen zwei junge Menschen, die sich als Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine vorstellten, sich dafür interessierten, wo ich mich befinde und was ich tue“, erläuterte er.

„Sie sagten meinem Vater, dass sie Informationen haben, dass ich mich in Sokolniki (von der LVR kontrolliert) befinde und nach Hause kommen kann. Der Vater sagte, dass er davon nichts weiß. Danach begannen sie den Vater zu bedrohen, bekamen von ihm meine Nummer und sie verlangten, dass, wenn ich den Vater besuche, er darüber den Sicherheitsdienst der Ukraine informiert. Andernfalls sei sein Leben bedroht“, erzählte Prawatorow.

Einen weiteren Soldaten der Volksmiliz versuchte der Sicherheitsdienst der Ukraine anzuwerben, indem sie seine Frau bedrohten.

„Im Dezember 2016 fuhr meine Frau auf das von der Ukraine kontrollierte Territorium. An ihren Wohnort kamen Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine, zeigten ihr mein Foto und zwangen sie, mich anzurufen, sonst würden sie im Haus alles auf den Kopf stellen“, sagte der andere Soldat der Volksmiliz Wladimir Sigonin.

„Meine Frau rief mich an und gab ihm den Hörer. Weiter versuchen sie, mich durch Druck dazu zu bringen, dass ich mit ihnen zusammenarbeite und ihnen Informationen über das Personal usw. übergebe. Im Gegenzug versprachen sie mir, dass sie mir helfen, nach Hause zurückzukehren“, sagte er.

Beide Soldaten unterstrichen, dass sie sich geweigert haben, mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine zusammenzuarbeiten und auch, auf das von der Ukraine kontrollierte Territorium zurückzukehren.

de.sputniknews.com: Kreml über US-Waffenlieferung an Kiew:

Die Lieferung von letalen Waffen an Kiew wird kaum zur Regelung des Konflikts im Donbass führen und wird nur weitere Spannungen verursachen. Das hat Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Dienstag auf einer Pressekonferenz gesagt.

Moskau werde aber keine Gegenschritte diesbezüglich unternehmen, antwortete Peskow auf eine entsprechende Frage der Journalisten. „Das ist eine Frage der bilateralen ukrainisch-amerikanischen Beziehungen in Bezug auf Kreditgewährung“, so Peskow.

Was die Lieferung von letalen Waffen betreffe, habe Russland seine Stellung dazu bereits eindeutig geäußert: „Solch eine Entscheidung wird natürlich kaum die Regelung des Konflikts im Südosten der Ukraine fördern“.

Wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Montag mitgeteilt hatte, hat der US-Senat angeblich 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine gebilligt. Die Ukraine werde „letale Waffen defensiven Typs“ bekommen, hieß es.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31323/17/313231733.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner **achtmal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten der Ortschaften **Slawjanoserbsk, Sokolniki, Prischib, Frunse, Deonezkij und Shelobok**. Zum Beschuss wurden 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 140 Geschosse abgefeuert. Eine starke Detonation im zentralen Teil von Lugansk erfolgte am 18. September gegen 20:00 Uhr. In Folge der Sprengung des Denkmals für die Luftlandesoldaten, das sich am Lugansker Akademischen Ukrainischen Musikalisch-Dramatischen Theater auf der Oboronnaja befindet, wurde die auf einem Sockel installierte Militärmaschine zerstört. Opfer gibt es keine. Der Begehung des Terrorakts verdächtigen die Rechtsschützer der LVR ukrainische Diversanten. Die ukrainische militärisch-politische Führung, die keine Erfolge bei der Errichtung ihrer gemeinen Staatsmacht auf unserem Territorium hat, hat beschlossen, die Aktivitäten zur Einschüchterung der Bevölkerung unmittelbar in den Städten unserer Republik zu entwickeln. Ich nehme an, dass eine adäquate Bewertung dessen, dass das Denkmal in Folge von terroristischen Aktivitäten ukrainischen Spezialdienste zerstört wurde, auch die internationalen Organisationen geben werden, darunter auch die OSZE-Mission, deren Büro sich 600 Meter vom Explosionsort entfernt befindet.

Die ukrainischen Soldaten haben nur ausreichend Mut und Tapferkeit, um gegen unbewaffnete, ungeschützte Menschen und Denkmäler zu kämpfen.

Derzeit finden zu dem genannten Fall Ermittlungen statt.

Durch Informationen örtlicher Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebiete wurde bekannt, dass Soldaten aus der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur Oberst Alexandr Nikolajewitsch Shakun ist, sich mit **Plünderungen und ungesetzlicher Einnahme von Wohnungen** in ihrem Verantwortungsbereich befassen.

Bei der örtlichen Polizeidienststelle haben Einwohner von Stschastje mehr als 20 Anzeigen eingereicht, in denen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte der Plünderung und des Raubs bezichtigt werden.

Ursachen solcher Rechtsverletzungen sind der niedrige moralisch-psychische Zustand der Soldaten, primitive Lebensbedingungen sowie die ständig weiter verschobene Rotation. Außerdem wurden in der genannten Brigade Fälle des Diebstahls von Waffen und Munition entdeckt, obwohl diese Brigade zuvor regelmäßig mit Kampfmitteln versorgt wurde. Dieser

Sachverhalt wurde von einer Kommission des Stabs der „ATO“ aufgedeckt. Der Verteidigungsbehörde der Republik wurde bekannt, dass der Kommandeur der taktischen Gruppen „Lugansk“, Generalmajor Oleg Mikaz, Einheiten der ukrainischen Streitkräfte besucht hat.

Während seiner Überprüfungen wurde eine Reihe von Fällen nicht ordnungsgemäßen Verhaltens untereinander, von niedrigem moralisch-psychischem Zustand der Soldaten sowie Fälle der Verheimlichung nicht kampfbedingter Verluste festgestellt.

Nach der Abreise der Kommission hat sich die Situation im 10. Bataillon der 10. Gebirgsturmgruppe, die ihre Basis in Solotoje hat, noch weiter stark verschlechtert. Die Kommandeure dieser Einheit haben intensiv begonnen, **handgreifliche Gewalt gegenüber ihren Untergebenen** anzuwenden.

Daraufhin haben vier Soldaten, die eine solche Behandlung nicht ertragen haben, den Stationierungsort des Truppenteils mit ihren Schusswaffen verlassen.

Derzeit ist ihr Aufenthaltsort nicht bekannt.

de.sputniknews.com: Ausweisung von Botschafter: Spanien folgt US-Befehl – Nordkoreas Sonderbeauftragter

Die Landesverweisung des nordkoreanischen Botschafters seitens Spaniens zeugt laut dem nordkoreanischen Sonderbeauftragten des Ausschusses für kulturelle Beziehungen, Alejandro Cao de Benós, davon, dass sich Madrid von den USA einfangen lässt. Das sagte der Politiker im Gespräch mit Sputnik Mundo.

"Es ist eine Schande. Die von Madrid getroffene Entscheidung beweist einmal mehr, dass Spanien, wie auch andere Länder, die nordkoreanische Botschafter verwiesen haben, weder über Souveränität noch über die Fähigkeit verfügt, seine eigene Zukunft zu bestimmen. Es kommt nur einem direkten Befehl der USA nach", so Cao de Benós.

Washington übe Druck auf andere Länder aus. Nicht alle aber geben diesem nach. Aus der Sicht des Politikers gibt es auch Staaten wie Chile, die ihre Souveränität demonstrieren haben. Sie bestünden darauf, dass die Landesverweisung eines Botschafters nur durch etwas wirklich Ernstes verursacht werden könne.

„Es gibt aber Länder, die Spanien ähneln. Sie verbeugen sich nur, gehen den Launen des nordamerikanischen Imperiums nach, obwohl sie in Wirklichkeit keinen bilateralen Konflikt mit Nordkorea haben“, sagte Cao de Benós.

Laut ihm sind seitens des nordkoreanischen Außenministeriums zwei Antworten möglich. Entweder wird es diese Entscheidung hinnehmen oder es wird einseitige Maßnahmen in Bezug auf spanische Diplomaten treffen.

Alles hänge nur davon ab, was das Außenamt Nordkoreas entscheiden werde, sobald der Botschafter Kim Hyok Chol nach Pjöngjang zurückkehrt.

Er erinnerte daran, dass Spanien und Nordkorea enge Verbindungen im Bereich von Kultur, Sport und Bildung haben. Nordkoreanische Jugendliche können zum Beispiel dank Austauschprogrammen in Spanien Fußballspielen lernen.

Am Montag war berichtet worden, dass das Außenministerium Spaniens den nordkoreanischen Botschafter zur Persona non grata erklärt hatte. Die Vollmachten des Botschafters würden am 30. September erlöschen, hieß es.

Madrid hatte zuvor den jüngsten Start einer ballistischen Rakete in Nordkorea entschieden verurteilt.

Ukrinform.ua: Drei Soldaten bei Kämpfen in der Ostukraine verletzt.

Bei Kämpfen im Gebiet der Antiterror-Operation in der Ostukraine sind in den vergangenen 24 Stunden drei ukrainische Soldaten verwundet worden.

Das gab der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Oberst Olexandr Motusjanyk, am Dienstag bekannt.

„Bei Kämpfen gab es in den letzten 24 Stunden keine Toten in der ukrainischen Armee. Drei Militärangehörige wurden verletzt“, sagte Motusjanyk.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden wurden **36 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Auf die Gebiete von **neun Ortschaften** wurden 17 Mörsergeschosse des Kalibers 122mm und 40 des Kalibers 82mm abgefeuert.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde der Einwohner des Petrowskij-Bezirks von Donezk Anatolij Wladimirowitsch Sajaz, geb. 1952, verletzt. Außerdem wurde ein Haus in der Lugowskij-Straße 15 beschädigt.

In **Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **Leninskoje, Kominternowo, Sachanka und Sosnowskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurde das Gebiet von **Sajzewo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Der Krieg auf dem Land des Donbass wird von den Kommandeuren der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte schon lange als Einnahmequelle angesehen.

Ein weiterer Waffenbaron und Treibstoffmagnat der „ATO“ wurde zum Opfer seiner Gier.

Während einer Inspektion der 28. mechanisierten Brigade durch den rückwärtigen Dienst wurden größte Verstöße und Fehlbestände bei Militäreigentum festgestellt. Zum Sachverhalt des Diebstahls wurde eine Ermittlung durchgeführt und festgestellt, dass der Brigadekommandeur Subowskij sich mit Treibstoff- und Munitionshandel befasste.

Außerdem wurde entdeckt, dass ein Brand in der 4. Kompanie des 2. mechanisierten Bataillons der 28. mechanisierten Brigade, der sich im Vorfeld der Überprüfung ereignet hatte, nichts anderes war als eine Brandstiftung, um das gestohlene Militäreigentum abzuschreiben.

Für den 21. September plant Pjotr Poroschenko, sich im Verlauf der Generalversammlung der UNO in New York mit Donald Trump zu treffen. Ziel des Treffens ist für den ukrainischen Usurpator wie üblich die Bettelei. Er wird wieder Gelder für Geschosse und Minen zur Vernichtung des Volkes des Donbass bei seinen westlichen Herren erbetteln! Ihm reicht das Leid nicht, das die ukrainischen Streitkräfte schon in unser Land gebracht haben!

Im Zeitraum seit September 2014 bis heute wurden 38.393 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Straftruppen festgestellt.

Wir haben eine Statistik zusammengestellt, die deutlich zeigt, dass seit Beginn der Annahme der ersten Minsker Vereinbarungen am 5. September 2014 die Verletzungen nicht aufgehört haben. Mehr noch, es ist eine Vergrößerung der Zahl der Beschießungen zu erkennen. Und die Momente relativer Ruhe sind nur in den ersten Tagen weiterer Friedensvereinbarungen zu bemerken. Wie es im Februar-März und September 2015 war und im September, Oktober 2016, als die Zahl der Verletzungen der Feueinstellung im Mittel um 60 Prozent absank. Das jedoch nur bis zum Erfolg der Verhandlungen der Vertreter Kiews mit seinen westlichen Sponsoren. Und nach dem Erhalt der nächsten Almosen wurde der Beschuss mit neuer Kraft wieder aufgenommen.



Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von September 2014 bis September 2017

http://armiyadnr.su/uploads/posts/2017-09/medium/1505815379_obstrely_s_2014_po_2017_god.jpg

de.sputniknews.com: Venedig verliert mehr als drei Milliarden Euro wegen Exportrückgang nach Russland.

Venedig hat mehr als drei Milliarden Euro wegen des Rückgangs des italienischen Exports nach Russland verloren, wie der Leiter des Departements für internationale und außenwirtschaftliche Beziehungen der Moskauer Stadtregierung, Sergej Tscheremin, mitteilte. „Die Verluste wegen der angespannten Beziehungen zwischen Russland und der EU haben viele Sektoren der italienischen Wirtschaft betroffen. Die antirussischen Sanktionen sind kontraproduktiv. Viele Geschäftsleute, insbesondere italienische, begreifen das. Der Handelskrieg hat schon für gemeinsame Verluste in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro nach dem Rückgang des italienischen Exports nach Moskau gesorgt. Dabei hat allein Venedig mehr als drei Milliarden Euro verloren, was sich auf den Agrar-Industrie-Komplex besonders ausgewirkt hat“, sagte Tscheremin.

Der Mitteilung zufolge ist der Umsatz zwischen Moskau und italienischen Unternehmen im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Prozent zurückgegangen und hat 4,3 Milliarden US-Dollar betragen. Dagegen ist der Umsatz im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2016 um etwa 50 Prozent gestiegen.

Die schwache Präsenz italienischer Unternehmen auf dem russischen Markt habe das Land im Vergleich zu Deutschland verwundbarer für Antwortmaßnahmen Russlands auf die Sanktionen seitens der Europäischen Union gemacht. Italien soll bis jetzt wegen des russischen Gegenembargos elf bis zwölf Milliarden US-Dollar seiner Einnahmen aus dem Russland-Export und 200.000 Arbeitsplätze verloren haben. Die Italiener brauchten neue Märkte, darunter sei der russische der nächste und wohl passendste für sie.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30986/53/309865389.jpg>

Dan-news.info: „In der DVR geht die Vorbereitung zur Herbst- und Winterperiode zu Ende. Die Objekte des Wohnraumfonds und des sozialen Bereichs sind zu 98 Prozent für den Winter vorbereitet“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Roman Misewitsch mit.

Er erläuterte, dass von 23192 Wohnhäusern 22754 eine komplexe Vorbereitung durchlaufen haben, 477 Schulen, 505 Kindergärten, 213 medizinische Einrichtungen und 277 Kultureinrichtungen sind für die Heizperiode bereit.

Wir fügen hinzu, dass bis zum 1. Oktober alle Objekte des Wohnraumfonds und der sozialen Infrastruktur der DVR für den Beginn der Heizperiode bereit sein müssen. Sie beginnt turnusgemäß am 15. Oktober, aber im Fall einer Verschlechterung der Wetterbedingungen kann der Beginn auf einen früheren Zeitpunkt verlegt werden.

de.sputniknews.com: Debüt vor UN-Vollversammlung: Trump droht Nordkorea mit Auslöschung.

US-Präsident Donald Trump hat bei seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung in New York Nordkoreas Atomwaffenprogramm scharf kritisiert und dem Regime in Pjöngjang mit seiner "völligen Vernichtung" gedroht.

„Wenn wir gezwungen werden, uns zu verteidigen, haben wir keine Alternative als Nordkorea völlig zu vernichten“, sagte der amerikanische Präsident. Er rief die vereinten Nationen dazu auf, die Regierung Nordkoreas zu isolieren.

Das nordkoreanische Regime sei für den Hungertod von Millionen Nordkoreanern, für Folter und Morde verantwortlich, äußerte Trump. „Keine Nation der Welt ist daran interessiert, dass dieses kriminelle Regime sich mit Atomraketen bewaffnet.“ ...

Abends:

de.sputniknews.com: Trump stuft Iran als Schurkenstaat ein.

US-Präsident Donald Trump hat den Iran als einen „Schurkenstaat“ und eine „korrupte Diktatur“ bezeichnet. „Die iranische Regierung tarne ihre korrupte Diktatur mit erlogener Demokratie“, erklärte Trump am Dienstag in der 72. UN-Vollversammlung in New York. Die iranischen Behörden hätten ihr prosperierendes Land mit reicher Geschichte und Kultur zu einem Schurkenstaat degradieren lassen. Den mit Teheran ausgehandelten Atomdeal nannte Trump eine Schande. „Man darf nicht zulassen, dass das iranische Atomprogramm mit

diesem Abkommen getarnt wird. Jetzt ist es an der Zeit, dass die ganze Welt den Iran aufruft, diesen Wettlauf mit dem Tod einzustellen.“

Zuvor hatte der US-Präsident dem Iran Verstöße gegen das Atomabkommen vorgeworfen.

[Ukrinform.ua: Finanzministerium erwartet IWF-Delegation.](#)

Das Finanzministerium der Ukraine erwartet vom Internationalen Währungsfonds (IWF) die Bestätigung des Datums für den Besuch seiner Delegation in die Ukraine.

Das erklärte die erste stellvertretende Finanzministerin Oxana Markarowa vor der Presse.

Das Finanzministerium hoffe auf eine Auszahlung der nächsten Kredittranche des IWF.

Markarowa erinnerte daran, dass der IWF von der Ukraine Privatisierung, Verbesserung der Antikorruptionsmaßnahmen und eine Rentenreform fordert.

Ein IWF-Vertreter in der Ukraine sagte am 18. September, dass die Rentenreform, neben der Privatisierung und Fortschritten bei der Korruptionsbekämpfung, eine Voraussetzung für die Freigabe der nächsten Tranche des Fonds ist.

Die für den Juni/Juli dieses Jahres geplante Auszahlung der fünften Kredittranche des IWF in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar für die Ukraine war verschoben worden.

[de.sputniknews.com: Çavuşoğlu: EU sollte gleichberechtigte Beziehungen zu Russland herstellen lernen.](#)

Die Europäische Union sollte gleichberechtigte Beziehungen zur Russischen Föderation herstellen lernen. Das erklärte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Dienstag in Ankara.

„Ob es Ihnen gefällt oder nicht – Russland ist das größte europäische Land. Sie könnten Russland nicht in allem zustimmen. Auch wir haben in mehreren Fragen unterschiedliche Positionen. Aber die EU sollte sich darüber klar werden, dass (Brüssel) nicht mehr der Herr im Haus ist. Das Problem besteht darin, dass die EU wegen zahlreicher innerer Probleme zu kurzfristig ist“, sagte der Minister in einem Interview für „Al-Monitor“.

Çavuşoğlu zufolge sollte die EU ihre Beziehungen auch zur Türkei verbessern. Er sei darüber erstaunt, warum die NATO-Verbündeten der Türkei, die Ankara nach dem Abschuss eines russischen Kampfjets in syrisch-türkischen Grenzraum empfohlen hätten, die Beziehungen zu Moskau zu sanieren, jetzt Fragen stellten, nachdem sich diese Beziehungen normalisiert hätten.

„Russland ist unser zweitwichtigster Handelspartner. Wir importieren aus diesem Land mehr als 50 Prozent des von uns verbrauchten Gases. Jetzt realisieren wir das Gasprojekt Turkish Stream, Russland baut das erste Atomkraftwerk in der Türkei. Zu uns kommen jährlich bis zu fünf Millionen russische Touristen“, fuhr Çavuşoğlu fort.

In einer Stellungnahme zum Vertrag über die Lieferung russischer Luftabwehrsysteme S-400 an die Türkei sagte der Minister, Ankara sollte Bedrohungen aus Syrien und anderen Nachbarländern durch die Festigung der eigenen Luftabwehr abfedern.

„Wir wollten Luftabwehrsysteme bei unseren NATO-Partnern kaufen. Die Pläne scheiterten aber. Wir brauchten einen Technologietransfer. Aber niemand von den Verbündeten war dazu bereit. Wir verhandelten mit verschiedenen Ländern. Letztendlich konnte eine Vereinbarung mit Russland getroffen werden. Das ist doch ganz einfach: Wir brauchten das, und Russland unterbreitete das beste Angebot.“

Çavuşoğlu erinnerte ferner an eine erfolgreiche Kooperation mit Russland bei der Beilegung der Syrien-Krise. „Jetzt setzen wir auf eine politische Lösung, und Russland spielt dabei eine große Rolle... Wir werden diese Kooperation im Interesse von Frieden und Stabilität fortsetzen“, betonte der türkische Chefdiplomat.